

NIEDERSCHRIFT**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid****am 04.03.2013****im Ratssaal****Anwesend:****Vorsitz des Rates:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Ingo Diller
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Horst Eick
Ratsfrau Eveline Haue
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsherr Stefan Hoffmann

abwesend ab
Tagesordnungspunkt 11 der
öffentlichen Sitzung

Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi
Ratsfrau Sandra Knoblauch
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsherr Bernd Schildknecht
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin
Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Michael Dregger
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Christel Gabler
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs
Ratsfrau Susanne Mewes
Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer
Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde
Ratsfrau Britta Rogalske
Ratsherr Jürgen Sager
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn
Ratsherr Hansjürgen Wakup
Ratsherr Björn Weiß
Ratsherr Rüdiger Wilde

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Oliver Petrosch
Ratsfrau Anette Schwarz
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Hermann Morisse
Ratsfrau Kirsten Petereit
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Yasin Kut
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Peter Biernadzki
Ratsherr Stephan Haase
Ratsfrau Angelika Linnepe

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Stadtkämmerer Dr. Karl Heinz Blasweiler
Techn. Beigeordnete Marion Ziemann
Herr Martin Bärwolf
Herr Hermann Scharwächter
Herr Michael Walker

Schriftführung:

Frau Charlene Degenhardt

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Rüdiger König

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Otto Bodenheimer

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:21 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

**2. Bestellung des Leiters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid
Vorlage: 026/2013**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Brandoberamtsrat Martin Walter wird für die Dauer von weiteren 6 Jahren zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Lüdenscheid bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48

**3. Schulentwicklungsplanung Grundschulen; hier: a) Grundschule Schöneck mit Teilstandort Brügge, b) Allgemeine weitere Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 008/2013**

**3.1. Schulentwicklungsplanung Grundschulen; hier: a) Grundschule Schöneck mit Teilstandort Brügge, b) Allgemeine weitere Schulentwicklungsplanung/1. Ergänzung
Vorlage: 008/2013/1**

Zunächst erfolgt die Berichterstattung durch den Vorsitzenden des Schulausschusses, Ratsherrn Voß, aus der Sitzung des Schulausschusses am 05.02.2013, in der er unter anderem sein Befremden über den Antrag der CDU-Fraktion vom 02.03.2013 bezüglich der ge-änderten zeitlichen Terminierung äußert, da die Mitglieder des Schulausschusses einstimmig Punkt 2 des Beschlussvorschlages der Vorlage Nr. 008/2013 zugestimmt hätten.

Die SPD-Fraktion werde dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen. Ein Standort-sicherungskonzept für die Grundschulen könne bis zum 31.08.2013 nicht durch die Ver-waltung erstellt werden. Es müsse bedacht werden, dass der Fachdienst Schule personell zurzeit nicht voll besetzt sei. Darüber hinaus gebe es zu dem Thema Inklusion noch keinerlei Vorgaben aus Düsseldorf. Der im vergangenen Jahr vorgelegte Schulent-wicklungsplan sei von einem externen Gutachter mit wesentlich längerem Vorlauf erstellt worden.

Des Weiteren bezieht er sich auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2013. Dieser Antrag sei bereits mit Stimmenmehrheit in der Sitzung des Schulausschusses abgelehnt worden.

Ratsherr Fröhling weist auf den Kostenvergleich für die Standorte Schöneck und Brügge hin, den er an alle Ratsmitglieder per E-Mail verschickt habe. Diesem Vergleich könne ent-nommen werden, dass ab dem Schuljahr 2016/2017 bei dem Standort Schöneck insgesamt 84.500 € weniger Kosten als am Standort Brügge anfallen würden. Damit rechneten sich bereits nach drei Jahren die Mehrkosten für die Aufstellung der Container für die vorge-sehene Übergangszeit.

Ratsherr Holzrichter weist darauf hin, dass eine Vergleichbarkeit der Bewirtschaftungskosten für die beiden Standorte allein aufgrund der unterschiedlichen Gebäudegrößen nicht ge-geben sei. Wie auch aus der Beschlussvorlage hervorginge, beliefen sich die Kosten bei dem Standort Brügge auf 4,92 € pro m² monatlich und beim Standort Schöneck auf 7,48 €. Das Schulkollegium hätte sich aufgrund der größeren Gebäudefläche ebenfalls für Brügge ausgesprochen.

Ratsherr Voß teilt mit, dass die größeren Klassenräume und die vorhandenen Nebenräume ein Argument für den Standort Brügge gewesen sei. Hierbei sei auch die bevorstehende Inklusion berücksichtigt worden. Das Lehrerkollegium habe sich ebenfalls für den Standort Brügge ausgesprochen.

Ratsherr Fröhling verweist darauf, dass der Schulleiter, Herr Lüke, in der Sitzung des Schulausschusses, für die Schulkonferenz keine Empfehlung für einen Standort gegeben, sondern darauf verwiesen habe, dass dies eine politische Entscheidung sei. Die Schulrätin habe sich ebenfalls für keinen Standort ausgesprochen.

Dass die monatlichen Quadratmeterkosten für den Standort Brügge niedriger seien, sei unstrittig. Bei dem von ihm vorgelegten Kostenvergleich handele es sich aber um absolute Kosten, bei denen eine Einsparung von 84.500 € pro Jahr bei einer Entscheidung für den Standort Schöneck erzielt werden könne.

Ratsfrau Tschöke teilt mit, dass sich ihrer Meinung nach sowohl die Schulrätin als auch das Kollegium für den Standort Brügge ausgesprochen hätten. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen werde für den Standort Brügge stimmen.

Ratsherr Fröhling führt aus, dass nach den Erfahrungen aus den bisherigen Anmeldeverfahren die Eltern den Standort Schöneck bevorzugen würden. Es bestände die Gefahr, dass mittelfristig nicht mehr genug Schüler/innen in Brügge angemeldet und somit diese Grundschule ebenfalls geschlossen werden müsse.

Ratsfrau Linnepe schließt sich den Ausführungen von Ratsfrau Tschöke an. Darüber hinaus berichtet sie, dass es durchaus vorstellbar sei, dass die Geburtenzahlen wieder zunehmen würden. Dann wäre der Standort Brügge aufgrund seiner Größe eher geeignet, die wachsenden Schülerzahlen aufzufangen.

Nach weiterer Aussprache lässt Bürgermeister Dzewas über die Ergänzungsvorlage abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit Stimmenmehrheit folgenden

Beschluss:

1. Der Rat beschließt
 - die Auflösung der Verbundschule Schöneck zum 31.07.2015,
 - die Aufgabe des Schulstandortes Schöneck zum 31.07.2015,
 - dass die künftigen Eingangsklassen ab Schuljahr 2013/14 am Standort Brügge, Parkstraße 241, gebildet werden und nicht mehr am Standort Schöneck, Parkstraße 158.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung bei der Bezirksregierung Arnsberg zu beantragen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Schulausschuss nach dem Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2014/15 über den aktuellen Sachstand zu informieren und dann ggfs. notwendige Maßnahmen für die weitere Vorgehensweise vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 15

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 24.02.2013 ist somit ebenfalls abgelehnt.

3.2. Schulentwicklungsplanung Grundschulen; hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 02.03.2013

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den Antrag der CDU-Fraktion vom 02.03.2013 abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag mit Stimmenmehrheit ab.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.08.2013 ein Standortsicherungskonzept für die Grundschulen in Lüdenscheid zu erarbeiten und zur weiteren Beratung dem Rat bzw. dem Schulausschuss vorzulegen. Dieses Konzept soll die demografische Entwicklung der einzelnen Stadtteile berücksichtigen und alle Grundschulstandorte erfassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	32
Enthaltungen:	2

4. Albert-Schweitzer-Gebäude; hier: Nutzungsalternativen Vorlage: 016/2013

Ratsherr Diller trägt den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen vor. Den Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2013, weitere Alternativen durch die Verwaltung prüfen zu lassen, würden sie nicht mittragen.

Ratsherr Fröhling zeigt sich überrascht, unter welchem Zeitdruck sich der Rat aufgrund des gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen auf eine Variante festlegen solle. Eine Vorfestlegung sei aus Sicht der CDU-Fraktion nicht erforderlich, da die Albert-Schweitzer-Schule erst nächstes Jahr geschlossen werde.

Ratsherr Wilde führt aus, dass ein entsprechendes Schallschutzgutachten kurzfristig hätte erstellt werden können.

Ratsfrau Linnepe spricht sich ebenfalls gegen eine Festlegung auf eine Variante in der heutigen Sitzung aus.

Ratsherr Holzrichter stellt unter anderem dar, dass für die Beauftragung der Erstellung eines Schallschutzgutachtens festgelegt werden müsse, für welche Variante ein solches Gutachten erstellt werden solle. Im Übrigen solle heute nur ein konkreteres Konzept beschlossen werden.

Ratsherr Wilde führt aus, dass zunächst grundsätzlich die Grenzwerte (Verkehr, Immission, etc.) ermittelt werden müssten.

Nach weiteren zahlreichen Wortmeldungen und zum Teil kontroverser Diskussion, in dem unter anderem die CDU-Fraktion dafür appelliert, dem von ihnen vorgelegten Prüfauftrag (Antrag vom 25.02.2013) ebenfalls zuzustimmen, da sie laut Ratsherrn Fröhling den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen auch unterstützen würden, nimmt der Rat der Stadt Lüdenscheid den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Beschluss:

Das 2. Nutzungskonzept Albert-Schweitzer-Gebäude wird zur Kenntnis genommen.

4.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen vom 26.02.2013

Anschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid stimmt dem Antrag mit Stimmenmehrheit zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	1

4.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2013

Des Weiteren erfolgt eine Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag mit Stimmenmehrheit ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	28
Enthaltungen:	2

5. Reduzierung der Zahl der Mitglieder des Rates der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 019/2013

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass der in der Vorlage aufgeführte Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt werden muss, dass der beigefügte Satzungsentwurf beschlossen wird.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid folgenden ergänzten

Beschluss:

Ab der Wahlperiode 2014 – 2019 wird die Anzahl der Ratsmitglieder von derzeit 50 auf 48 verringert.

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung zur Verringerung der Zahl in den Rat der Stadt Lüdenscheid zu wählenden Vertreter wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46
Nein-Stimmen: 2

**6. Einrichtung eines Jugendtreffs im Gebäude der Grundschule Kalve
Vorlage: 024/2013**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Im Gebäude der Grundschule Kalve wird ein Jugendtreff eingerichtet. Die Einrichtung soll im September 2013 mit ihrer Arbeit am neuen Standort starten.

Bei Auftragssachkonto E 01100604 – 7851000 – Teilumbau GS Kalve in Jugendtr. werden außerplanmäßig 49.800 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus dem Ansatz bei Auftragssachkonto A 06010102-7818000 Kindertagesstätten U3-Ausbau. Bei Produktsachkonto 010 100 030 – 5711100 AfA Sachanlagen werden überplanmäßig 1.500 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus dem Ansatz bei Produktsachkonto 060 010 010 – 5499200 Auflösung RAP inv. Zuschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48

**7. Bebauungsplan Nr. 558 "Schlittenbach", 10. Änderung - beschleunigtes
Verfahren nach § 13a BauGB; Satzungsbeschluss
Vorlage: 012/2013**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- I. Es wird festgestellt, dass während der öffentlichen Auslegungsfrist aus der Öffentlichkeit sowie von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen oder Hinweise vorgetragen wurden.
- II. Gemäß § 10 Abs. 1 in Verbindung mit § 13a des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) mit Wirkung vom 30.07.2011, sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV. NRW S. 381), wird der Bebauungsplan Nr. 558 „Schlittenbach“, 10. Änderung vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die dazugehörige Begründung beschlossen.
- III. Der Bebauungsplan Nr. 558 „Schlittenbach“, 10. Änderung wird mit dem Tage der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses des Rates der Stadt Lüdenscheid sowie von Ort und Zeit der öffentlichen Einsichtnahme rechtsverbindlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48

**8. Satzung über eine Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 554 "Worthplatz" - Verlängerung der Zweijahresfrist über die Geltungsdauer der Veränderungssperre um ein weiteres Jahr
Vorlage: 020/2013**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Aufgrund der § 14, 16 und 17 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) m. W. v. 30.07.2011, wird eine erneute Satzung beschlossen, in der die Geltungsdauer der bestehenden Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 554 „Worthplatz“ um ein Jahr verlängert wird. Die Satzung über die Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre um ein Jahr soll in der als Anlage beigefügten Textform erlassen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 48

9. Antrag der CDU-Fraktion vom 29.01.2013; Doppelhaushalt 2014/2015

Ratsherr Holzrichter führt aus, dass die FDP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde und begründet dies unter anderem damit, dass aufgrund des Haushaltssicherungs-konzeptes im Jahr 2015 umfangreiche Änderungen anstehen würden. Gegebenenfalls könne nach den Kommunalwahlen über einen Doppelhaushalt für die Jahre 2016/2017 nachgedacht werden.

Ratsfrau Petereit , Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Ratsherr Diller, SPD-Fraktion, schließen sich den Ausführungen von Rats Herrn Holzrichter an.

Stadtkämmerer Blasweiler erläutert, dass die Stadt Lüdenscheid acht Kommunen befragt habe, die bereits Doppelhaushalte verabschiedet hätten. Hiervon hätten sechs Kommunen einen Nachtragshaushalt, teilweise sogar zwei Nachtragshaushalte, verabschieden müssen. Fünf Kommunen hätten sich für die Zukunft gegen einen erneuten Doppelhaushalt ausgesprochen.

Der Aufwand für einen Nachtragshaushalt sei vergleichbar mit der Aufstellung eines regulären Haushaltes. Die Aufstellung eines Doppelhaushaltes sei wesentlich aufwändiger. Das Thema könne in der neuen Legislaturperiode erneut aufgegriffen werden.

Rats Herr Fröhling teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag aufgrund der Ausführungen des Stadtkämmerers Blasweiler zurückziehen werde. Gegebenenfalls werde die CDU-Fraktion in der neuen Legislaturperiode erneut einen Antrag stellen.

**10. NKF-Weiterentwicklungsgesetz, Jahresabschlüsse 2009 - 2012, Haushaltsplanung 2014
hier: Jahresabschlusserstellung und -prüfung**

Vorlage: 025/2013

Nach Vortrag durch Stadtkämmerer Blasweiler fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid ein-stimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 werden unter Beachtung des gemäß §§ 95, 96 und 101 GO NRW vorgeschriebenen Verfahrens auf- und festgestellt. Die Verfahrensvereinfachung nach Art. 8, § 4 des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes wird nicht in Anspruch genommen.
2. Der Zeitplan zur Erstellung der Jahresabschlüsse 2009-2012 wird zu Kenntnis genommen.
3. Der Zeitplan zum Haushalt 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

Ratsherr Diller ist bei der Abstimmung abwesend.

**11. Ermächtigungsübertragungen gemäß § 22 GemHVO
Vorlage: 028/2013**

Ratsherr Fröhling bittet um folgende Informationen:

Lfd. Verwaltungstätigkeit

- 5211512/7211512 „Alte Rathausstr. Gedenkzellen“, 10.000 €
Was muss noch mit dem Verein bezüglich der Schlussrechnung geklärt werden?
- 5211900/7211900 „Rathaus“, 55.000 €
Wann kann mit einem Ende des Rechtstreites gerechnet werden?
- 5291000/7291000 „Besonderer Brandschutz“, 15.908,83 €
Ausstehende Abstimmungsgespräche mit 63? Nähere Erläuterungen.
- 5291200/7291200 „Kunst im öffentlichen Raum“, 5.752,51 €
Wann können die Quader vom STL abgeholt werden?
- 5318180/7318180 „Verwendung Zinsen Erbschaft Z.“, 4.906,74 €
Warum konnte eine zweckentsprechende Verwendung in 2012 nicht erfolgen?
- 5318190/7318190 „Verwendung Zinsen Erbschaft H.“, 9.913,00 €
Warum konnte eine zweckentsprechende Verwendung in 2012 nicht erfolgen?
- 5281000/7281000 „Projekt Drahthandelsweg“, 6.090,94 €
Wieso konnten die Sponsoringmittel in 2012 nicht komplett verausgabt werden?

Investitionen

- D 01030101/7831000 „Erwerb VG über 410,00 €“, 582,91 € (010 030 010, Personalrat)
Belaufen sich die Kosten für einen Bürostuhl auf 582,91 €?

- D 01100303/7831000 „Ausstattung Rathaus, Erwerb VG über 410 €, 6.100 €
(010 100 030, Bewirtschaftung von Bereitstellungsimmobilien)
Beschaffungen (u. a. Pendelstangen und Ersatzregalböden für das Zwischenarchiv
des FD Bauservice, Beschilderung und Wegweisung, Aschenbecher im Außenbereich
sowie Betriebsgeräte) konnten aufgrund einer vakanten Stelle im Logistikzentrum nicht
angeschafft werden.
Beschaffungen so aufwändig?

- D 02020401/7832000 „Erwerb VG bis 410 €“, 1.488,00 €
(020 020 040, Personenstandswesen)
Anschaffung von dekorierten Hochvasen
Hätte es hierzu keine günstigeren Alternativen gegeben?

Stadtkämmerer Blasweiler sagt eine Aufstellung mit den entsprechenden Erläuterungen für die Fraktionen zu. Weitere Nachfragen könnten direkt bei der Kämmerei gestellt werden.

Beschluss:

Die Übertragungen von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gemäß § 22 GemHVO mit den sich daraus ergebenden Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzplan 2013 werden zur Kenntnis genommen.

12. Änderung der Vertretung der Stadt Lüdenscheid in Organen von Verbänden und Beteiligungsgesellschaften

Vorlage: 021/2013

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Als Mitglied der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH im Aufsichtsrat der Telekommunikationsgesellschaft Mark mbH wird in den Verwaltungsrat der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH für die verbleibende Wahlperiode des Rates vom Rat der Stadt Lüdenscheid entsandt:

Bürgermeister Dzewas

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

13. Berichtswesen

hier: Bericht über den Projektstatus 'Denkfabrik'
Vorlage: 022/2013

Ratsherr Fröhling bittet die Landtagsabgeordneten, sich für das Projekt „Denkfabrik“ einzusetzen.

Beschluss:

Der Bericht über den Projektstatus ‚Denkfabrik‘ –insbesondere zur Fördermittelabwicklung aufgrund des aktuellen Änderungsbescheides vom 04.02.2013- wird zur Kenntnis genommen.

14. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

14.1. Bekanntgaben

14.1.1. Kooperation mit der Gemeinde Schalksmühle

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass die Gemeinde Schalksmühle als Schulträger an die Stadt Lüdenscheid herangetreten sei, um gegebenenfalls im Schulbereich zu kooperieren.

Die Schülerzahlen würden eindeutig belegen, dass Schalksmühle keine eigene selbständige öffentliche Schule betreiben könne. Eine Kooperation mit der in Lüdenscheid angesprochenen Schule könne nach geführten Gesprächen aus unterschiedlichen Gründen nicht erfolgen.

14.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

14.3. Anfragen

14.3.1. Abnahme Spielplatz in Brügge

Ratsfrau Skorupa fragt an, wann die Abnahme für den neu errichteten Spielplatz in Brügge erfolgt.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

14.3.2. Altstadtrelied

Ratsherr Biernadzki berichtet, dass eine männliche Person regelmäßig vor dem Altstadtrelied am Karussellplatz sitzen und damit die Sicht auf die Bronzetafel verdecken würde.

Er fragt an, ob die Verwaltung hier Abhilfe schaffen könne.

Bürgermeister Dzewas sagt zu, dass die Verwaltung den Mann diesbezüglich ansprechen werde.

gez. Dieter Dzewas
Vorsitzender

gez. Charlene Degenhardt
Schriftführerin